

Kronberger Kreis



Koalitionsvertrag lähmt Deutschland

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, kritisiert in seinem **Gastbeitrag "Dynamik geht anders"**, der am 4. März 2018 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) erschienen ist, den Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Die Koalitionsvereinbarungen würden Deutschland nicht stärken, sondern sie seien in zentralen wirtschaftspolitischen Bereichen eher dazu geeignet, wirtschaftliche Initiative zu lähmen und technologische Neuerungen auszubremsen. Anstatt die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen - Digitalisierung, Energiesicherheit, Demographie, internationaler Steuer- und Standortwettbewerb sowie die Zukunft Europas und der Eurozone - mit einem schlüssigen und fiskalisch nachhaltigen Gesamtkonzept anzugehen, um auch Chancen- und Leistungsgerechtigkeit in Deutschland zu stärken, habe sich die Bundesregierung zu kleinteiliger Klientelpolitik hinreißen lassen.

Weckruf für die deutsche Wirtschaftspolitik



Der Kronberger Kreis bietet der Bundesregierung einen Aufgabenkatalog für eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik an:

- die Schaffung einer Digitalisierungskommission nach Vorbild der Deregulierungskommission Anfang der 1990er Jahre,
- effiziente Entlastungen in der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung,
- eine automatische Anpassung des Renteneintrittsalters,
- eine binnenmarktfreundliche Übergangsfrist während der Brexit-Verhandlungen sowie
- eine Wiederbelebung des europäischen Integrationsprozesses basierend auf den Grundprinzipien von Subsidiarität und Marktdisziplin.

[Studie Nr. 64 des Kronberger Kreises lesen und bestellen](#)

Neue Diskriminierungsverbote für die digitale Welt?



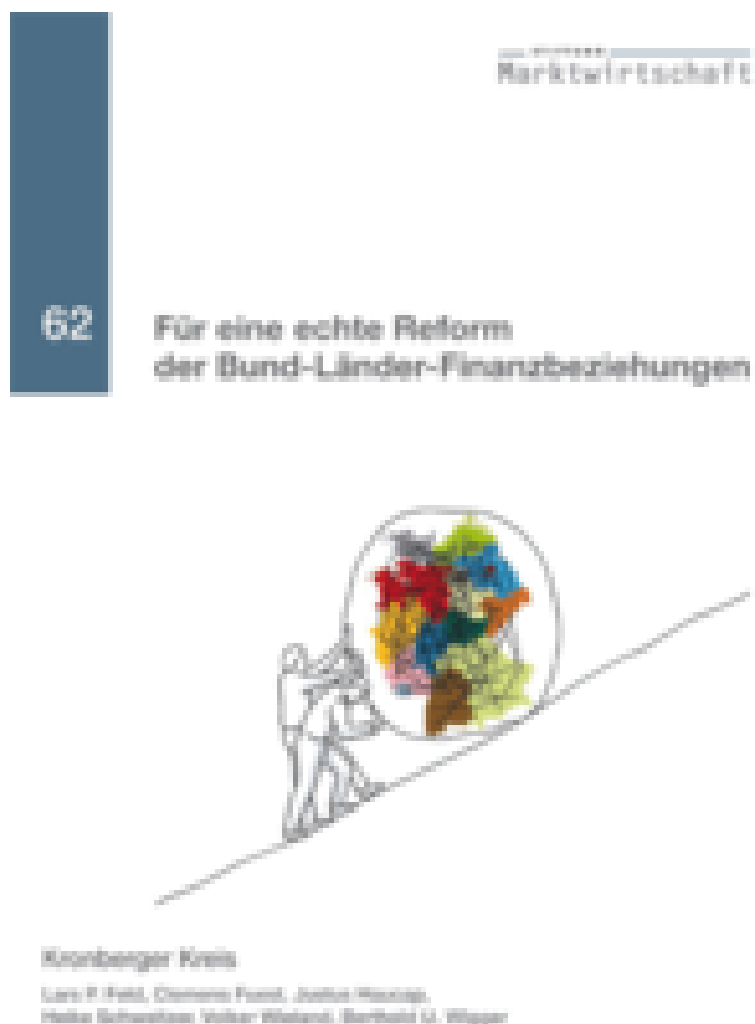
Der fortschreitende Digitalisierungsprozess führt zu grundlegenden Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenleben. Der digitale Wandel erzeugt mit seinen Innovationen zahlreiche Vorteile für Verbraucher und Produzenten, gleichwohl werden etablierte Geschäftsmodelle hinterfragt und neuer Konkurrenz ausgesetzt. Die Sorge vor Machtkonzentration und neuen Risiken ist in der Diskussion allerdings omnipräsent. Vor diesem Hintergrund warnt der Kronberger Kreis,

wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Studie vor überstürzten Regulierungsimpulsen.

Die Tageszeitung DIE WELT hat ausführlich über die Studie des Kronberger Kreises berichtet: „Gefangen im Netz“.

[Studie Nr. 63 des Kronberger Kreises lesen und bestellen](#)

Für eine echte Reform der Bund-Länder- Finanzbeziehungen



Bund und Länder haben ihre Finanzbeziehungen nach zähen Verhandlungen neu geordnet. Eine Reform drängte, weil der geltende Finanzausgleich und der Solidarpakt II Ende des Jahres 2019 auslaufen. Anstelle des

Länderfinanzausgleichs in seiner jetzigen Form tritt ein neues Umverteilungssystem, das den Ländern mehr Geld und dem Bund mehr Kompetenzen überträgt. Der Kronberger Kreis erklärt in seiner Studie, welche Defizite sowohl das alte als auch das neue das System aufweisen und wie eine echte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aussehen sollte.

Die Tageszeitung DIE WELT hat ausführlich über die Studie des Kronberger Kreises berichtet: [„Der neue Finanzausgleich – noch wirrer, noch irrer“](#).

Lesen Sie hierzu auch den Gastbeitrag des Kronberger Kreises in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 12.06.2016 sowie die dazugehörige [Replik von Ministerpräsident Kretschmann](#).

[Studie Nr. 62 des Kronberger Kreises lesen und bestellen](#)

Das entgrenzte Mandat der EZB - Das OMT-Urteil und seine Folgen

Das entgrenzte Mandat der EZB Das OMT-Urteil des EuGH und seine Folgen



Kronberger Kreis

Uwe P. Feld, Clemens Fuest, Julian Rocco,
Hella Scherfing, Volker Wieland, Berthold U. Wigger

Am 21. Juni 2016 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) sein Urteil über das "Outright Monetary Transactions" (OMT)-Programm gefällt. Das OMT-Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) soll den unbegrenzten Erwerb von Staatsanleihen ausgewählter Euro-Krisenstaaten ermöglichen. Im Vorfeld der Entscheidung des BVerfG machte der Kronberger Kreis mit seiner Studie "Das entgrenzte Mandat der EZB: Das OMT-Urteil des EuGH und seine Folgen" darauf aufmerksam, dass durch das OMT-Programm die Marktdisziplinierung mitgliedstaatlicher Finanzpolitiken als ein für das Eurosystem grundlegendes Prinzip weiter ausgehöhlt werde. Um das Kooperationsverhältnis zwischen den Gerichten jedoch nicht zu riskieren, sah der Kronberger Kreis die Möglichkeit, dass das BVerfG dem EuGH zwar im Ergebnis, nicht aber in der Begründung folgt, um sich künftig eine gerichtliche Überprüfung von Maßnahmen der EZB anhand anders verstandener unionsrechtlicher Maßstäbe vorzubehalten. In seinem Urteil hat das BVerfG nun von diesem gangbaren Weg Gebrauch gemacht.

[Studie Nr. 61 des Kronberger Kreises lesen und bestellen](#)

Erbschaftsteuer: Neu ordnen statt nachbessern

MARKT
Marktwirtschaft

60

Erbschaftsteuer: Neu ordnen statt nachbessern



Kronberger Kreis

Lars R. Feyl, Clemens Fuest, Justus Heusinger,
Malte Schneider, Volker Wisland, Barbara U. Wigger

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2014 das geltende Erbschaftsteuerrecht in Deutschland als verfassungswidrig eingestuft. Demnach sei die bestehende steuerliche Verschonung betrieblichen Vermögens im Falle einer Erbschaft oder Schenkung angesichts des bisherigen Ausmaßes und der eröffneten Gestaltungsmöglichkeiten mit dem Grundgesetz unvereinbar. Politik und Verwaltung haben angekündigt, eine „minimalinvasive“ Reform vornehmen zu wollen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bietet jedoch die Chance zu einer

grundlegenden Neuordnung der Erbschaftsteuer, die nicht nur verfassungskonform, sondern zugleich ökonomisch tragfähig ist, wie der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Studie darlegt.

Studie Nr. 60 des Kronberger Kreises lesen und bestellen

"Grexit" gefährdet weder den Euro noch Europa

STIFTUNG
Marktwirtschaft

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 6. Juli 2015

Kronberger Kreis: Ein Austritt Griechenlands gefährdet weder den Euro noch Europa

„Nachgeben gegenüber der griechischen Forderung nach neuen Krediten wird einem totalen Scheitern dieser Rettungspläne gleichbedeutend mit dem Ende der Währungsunion. Ein Austritt Griechenlands bedroht die Währungsunion bei weitem nicht in gleichem Maße“, betont der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, auf seiner heutigen Mitteilung in Frankfurt am Main. „Mit dem Austritt Griechenlands scheitert weder der Euro noch Europa.“

Hinter diese Konstellation stehen dazu, dass die Währungsunion zu einer Transparenz wird, die Ungleiches stärker (nicht nur in der Größe) als Transparenz immer wieder auszeichnet. Wird man Griechenland die Schulden ihrer Kollegen erlassen, sollte man kaum erwarten, dass andere Krisenländer wie Portugal, Spanien, Irland oder Italien für ihre eigenen Schulden und Kredite für die Währungsunion gestrichelt werden.

Die dem noch verbleibenden Mitgliedstaaten Member State der verbleibenden Schuldenstaaten nicht scheitern. Einige dieser Länder haben zudem deutlich niedrigere Pro-Kopf Konsumen als die Krisenländer. Die vollständige Währungsunion (die Fortbestand der EU) und die Fortsetzung zu verlangen, würde die Existenz der Währungsunion insgesamt gefährden. Nichtsdestotrotz gegen die Gefahr der Währungsunion verstanden, ist die Verpflichtung der EU auf Transparenz über diesen Weg ebenfalls zu verstehen.

Wenn Griechenland nicht bereit ist, die zu einem neuen Währungsunion verbundenen Aufgaben zu erfüllen, sollte die Union der Eurozone einen möglichen gemeinsamen Austritt aus der Währungsunion beschließen. Dieser Austritt wäre technisch schwierig, wenn die EZB die griechischen Banken nicht länger mit Notkrediten versorgt, was sie tut und tun wird.

Ein gemeinsamer Weg wäre eine schnelle Reaktion. Dies wird es notwendig, so es möglich wird möglich, ein Land aus der Eurozone auszuscheiden. Eine koordinierte Reaktion von Finanz- und Wirtschaftspolitikern könnte jedoch einen Versuch gegen allgemeine Marktgrundlagen der Eurozone darstellen. Dies könnte einen Ausbruch von Kapital, insbesondere der Wirtschaftler der Kronberger Kreis.

Ein Austritt aus dem Euro wäre für Griechenland ebenfalls ein finanzielles Scheitern, sollte man Griechenland nicht Übergangsformen des EU erziele. Es hätte aber den Vorteil, dass die griechische Regierung hätte die von ihr benötigten Mittel für ein Vorgehen der Staatsverwaltung erhalten und nicht die volle demokratische Verantwortung übernehmen kann.

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, warnt in seiner Pressemitteilung vor einer Fortführung der bisherigen Rettungspolitik für Griechenland.

„Nachgeben gegenüber der griechischen Forderung nach neuen Krediten

oder einem Schuldenerlass ohne Bedingungen gefährdet die Zukunft der Währungsunion. Ein Austritt Griechenlands bedroht die Währungsunion bei weitem nicht in gleichem Maße“, betonen die Wissenschaftler des Kronberger Kreises. „Mit dem Austritt Griechenlands scheidert weder der Euro noch Europa.“

[Pressemitteilung des Kronberger Kreises](#)

Für eine freie Preisbildung



107 **WIRTSCHAFTS**

Pressemitteilung des
Für eine freie Preisbildung
vom 14. März 2012

Die statements des Kronberger Kreises

Preise bilden sich am besten auf Wettbewerbsbasis und nicht durch Eingriffe der Politik. Auch administrativ festgesetzte Höchst- oder Mindestpreise greifen in die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ein und schaden der Wirtschaft. „Der Eingriff in den Preismechanismus gefährdet die Währungsunion“, sagt Friedrich Rappert, Vorsitz des Kronberger Kreises. „Der Staat hat die Aufgabe, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu fördern und nicht die Wettbewerbsfähigkeit zu zerstören.“

In der öffentlichen Diskussion wird häufig die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im Vordergrund zu stehen. Die Ersetzung des Preismechanismus durch eine administrativ festgesetzte Höchst- oder Mindestpreismechanismen ist jedoch ein Eingriff in die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Die Wettbewerbsfähigkeit ist ein komplexes Phänomen, das von vielen Faktoren abhängt. Eine administrative Höchst- oder Mindestpreismechanismen greifen in die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ein und schaden der Wettbewerbsfähigkeit. Die Wettbewerbsfähigkeit ist ein komplexes Phänomen, das von vielen Faktoren abhängt. Eine administrative Höchst- oder Mindestpreismechanismen greifen in die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ein und schaden der Wettbewerbsfähigkeit.

Der Beitrag „Für eine freie Preisbildung“ des Kronberger Kreises

ist der wichtigste Beitrag zur Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Der Beitrag ist ein wichtiger Beitrag zur Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.

Der Kronberger Kreis

ist ein Zusammenschluss von Wirtschaftswissenschaftlern und Experten. Der Kronberger Kreis ist ein Zusammenschluss von Wirtschaftswissenschaftlern und Experten.

Der Eingriff in die Preisbildung durch administrierte Höchst- und Mindestpreise erfährt in diesen Tagen eine Renaissance. Jüngstes Beispiel ist die Mietpreisbremse. Auf Gebieten, die viele betreffen und emotional stark besetzt sind, ist es besonderes verlockend, in den Preismechanismus einzugreifen und auf diese Weise vermeintlich Klientelpolitik zu betreiben.

Der Beitrag „Richtige und falsche Preise“ des Kronberger Kreises nimmt den aktuellen Trend zu administrativen Preisen zum Anlass, die Kenntnisse über die Preisbildung wieder aufzufrischen. Der Beitrag ist am 13. März 2015 in der Rubrik „Die Ordnung der Wirtschaft“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen.

Eine leicht abgewandelte Fassung des Beitrags des Kronberger Kreises findet sich mit dem Titel „Für eine freie Preisbildung“ als [Positionspapier Nr. 7](#) der Stiftung Marktwirtschaft.

Mehr Mut zum Markt - lautet die Devise des Kronberger Kreises

Das Ausufern staatlicher Bevormundung zu verhindern und mit stimmigen ordnungspolitischen Reformkonzepten einen Beitrag zur Weiterentwicklung der freiheitlichen Ordnung in Deutschland und Europa zu leisten – das ist das Ziel des Kronberger Kreises. Er wurde 1982 auf Initiative von Wolfram Engels von namhaften Wirtschafts- und Juraprofessoren in Kronberg gegründet.

Als wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft gibt der Kronberger Kreis in zahlreichen Studien und Argumenten zur Wirtschaftspolitik Antworten auf wichtige Herausforderungen der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik. Häufig ist er Vordenker notwendiger Reformen. Seine Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung, sozialen Sicherung, Arbeitsmarkt oder öffentlichen Verwaltung haben die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland maßgeblich geprägt. Zahlreiche Elemente seiner Reformkonzepte haben Eingang in die Gesetzgebung gefunden.

„Der Kronberger Kreis hat mit seinen Beiträgen die wirtschaftspolitische Diskussion in der Vergangenheit maßgeblich beeinflusst. Diese marktwirtschaftliche Stimme wird in Deutschland auch in Zukunft benötigt. Deswegen wollen wir uns als Kronberger Kreis weiterhin mit ordnungspolitisch fundierten und zugleich praktisch umsetzbaren Politikvorschlägen einmischen.“

(Prof. Dr. Dr. h.c. Feld, Sprecher des Kronberger Kreises)



Ansprechpartner:

[Dr. Jörg König](#)

Leiter Europa, Energie, Wettbewerb, Wachstums- und Entwicklungspolitik,
Betreuung des Kronberger Kreises

Tel.: +49 (0)30 / 206057-34

E-Mail: koenigstiftung-marktwirtschaft.de

Mitglieder



Prof. Feld



Prof. Fuest



Prof. Haucap



Prof. Schweitzer



Prof. Wieland



Prof. Wigger

